

**Konrad  
Adenauer**



**und die  
Europäische  
Integration**





Eine Ausstellung der  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Archiv für Christlich-Demokratische Politik  
Rathausallee 12 · 53757 Sankt Augustin  
[www.kas.de](http://www.kas.de)

# **Konrad Adenauer und die Europäische Integration**

**Eine Ausstellung des Archivs  
für Christlich-Demokratische Politik  
der Konrad-Adenauer-Stiftung**



# Vorwort

Den 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 1957 und die Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft am 1. Januar 2007 durch die Bundesrepublik Deutschland hat die Konrad-Adenauer-Stiftung zum Anlass einer Ausstellung über „Konrad Adenauer und die Europäische Integration“ genommen, gilt doch der erste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland als einer der Gründungsväter Europas. Neben ihm sind als Wegbereiter Robert Schuman, Alcide de Gasperi, Paul-Henri Spaak, und natürlich auch Helmut Kohl – dem neben Jean Monnet bisher einzigen „Ehrenbürger Europas“ – zu nennen, die einen starken Einfluss auf den Integrationsprozess ausübten.

Schon nach dem Ersten Weltkrieg rief Adenauer als Oberbürgermeister von Köln dazu auf, „das hohe Werk dauernder Völkerverständigung und Völkergemeinschaft zum Heile Europas zu fördern“. Und nach dem Zweiten Weltkrieg, in einer Zeit der Ohnmacht und äußeren Bedrohung, umgeben vom Misstrauen der Welt gegen die Deutschen, meinte er 1946 auf einer CDU-Veranstaltung: „Es gibt nichts nach meiner tiefsten Überzeugung, was diesem gequälten, so oft von Kriegen durchtobten Erdteil endlich einmal Ruhe und Frieden bringen kann, als die Vereinigten Staaten von Europa“.

Mit dem Schuman-Plan von 1950 und dem hoffnungsvollen Anfang der Montanunion waren die Weichen für die europäische Einigungspolitik gestellt. Als der Weg zu einem europäischen Bundesstaat durch das Nein der französischen Nationalversammlung zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft versperrt war, suchte Adenauer nach anderen Möglichkeiten, den Integrationsprozess voranzutreiben. Seinem Eingreifen in die ins Stocken geratenen Verhandlungen im Jahr 1956 ist es zu verdanken, dass es 1957 zur Unterzeichnung der Europäischen Wirtschaftsverträge und der Europäischen Atomgemeinschaft kam, womit er die erste Periode der europäischen Integration als beendet ansah. Die zweite Periode müsse das Ziel haben, „dafür zu sorgen, dass Europa und die europäischen Länder ihren Wert, ihre Bedeutung und ihre Geltung in der Welt behalten“. Der deutsch-französische Freundschaftsvertrag vom 22. Januar 1963, der die dauerhafte Versöhnung und Freundschaft zwischen den

Nachbarn besiegelte, war für ihn „geradezu die Grundlage einer Einigung Europas“.

Vieles ist in dem über fünfzig Jahre währenden Prozess der europäischen Integrationspolitik erreicht worden, anderes harret noch der Verwirklichung. Der Prozess der Integration muss weitergeführt werden, soll der politische, wirtschaftliche und kulturelle Einfluss Europas in einer globalisierten Welt erhalten bleiben. „Wenn nicht gleich die bestmögliche Lösung erreicht werden kann, muss man eben die zweit- oder drittbeste nehmen“ – so Adenauer. Zur Errichtung des „europäischen Hauses“ brauche man deshalb Geduld und einen langen Atem: „Vergessen wir nicht, dass in mehr als zweitausend Jahren europäischer Geschichte innerhalb Europas Dämme aufgeworfen worden sind, die man nicht in wenigen Monaten abtragen kann. Tief eingewurzelte Anschauungen müssen über Bord geworfen werden. Die gesamte politische Erziehung der europäischen Völker, die an der Idee der Nation als dem letzten Wert politischer Entscheidung orientiert war, muss umgestellt werden. Das geht nicht von heute auf morgen.“

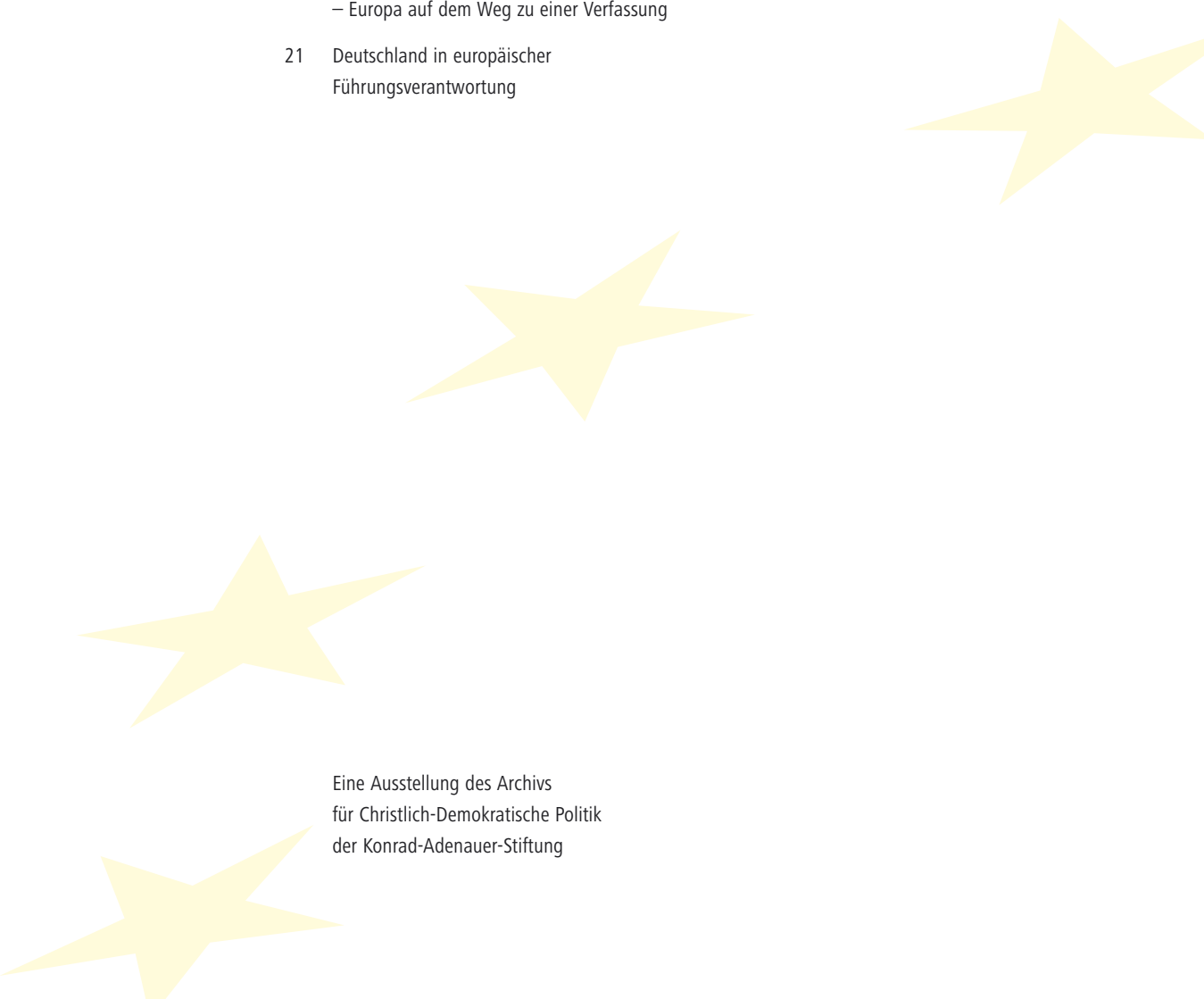
Mit dieser Geduld, die Adenauer schon 1953 anmahnte, werden die christlichen Demokraten die Weiterentwicklung der europäischen Integration fortsetzen, die zur längsten Periode von Freiheit, Frieden und Wohlstand in der Geschichte Europas geführt hat. Vor allem der jüngeren Generation muss immer wieder bewusst gemacht werden, dass dies keine Selbstverständlichkeit ist. Dieser Aufgabe fühlt sich die Konrad-Adenauer-Stiftung verpflichtet.

Prof. Dr. Bernhard Vogel  
*Vorsitzender der  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.*

Dr. Günter Buchstab  
*Leiter Wissenschaftliche  
Dienste/Archiv für  
Christlich-Demokratische Politik*

# Inhalt

- 8 Meilensteine der Geschichte der Europäischen Integration
- 10 „Kristallisationspunkt für Europa“  
Schuman-Plan und Montanunion
- 12 Rückschlag und schwieriger Neuanfang
- 14 Konrad Adenauer und seine europäischen Partner  
in der Gründungsphase  
der Römischen Verträge 1956/57
- 16 Grundsteinlegung für die  
Einigung Europas:  
die Römischen Verträge 1957
- 18 Von der Europäischen  
Wirtschaftsgemeinschaft zur  
Europäischen Union
- 20 Vertiefung und Erweiterung  
– Europa auf dem Weg zu einer Verfassung
- 21 Deutschland in europäischer  
Führungsverantwortung



Eine Ausstellung des Archivs  
für Christlich-Demokratische Politik  
der Konrad-Adenauer-Stiftung



Konrad Adenauer als Oberbürgermeister von Köln 1917

### Der Visionär

Schon am 12. Juni 1919 ruft Konrad Adenauer als Oberbürgermeister von Köln bei der Eröffnungsfeier der Universität dazu auf, *„das hohe Werk dauernder Völkerversöhnung und Völkergemeinschaft zum Heile Europas zu fördern“*. Am 11. Mai 1924 fordert er bei der Eröffnung der Kölner Messe: *„Es muß in Europa wieder eine Atmosphäre des Friedens geschaffen werden, und es scheint, daß dabei die Wirtschaft der Poilitik Wegbereiterin sein muß.“* Seine Vorstellungen einer Verflechtung der europäischen Schlüsselindustrien nehmen den Schuman-Plan von 1950 vorweg.

# Meilensteine der Geschichte der Europäischen Integration

**1923** Richard Graf Coudenhove-Kalergi gründet die Paneuropa-Union, die eine Vereinigung Europas anstrebt.

**1929** Der französische Außenminister Aristide Briand schlägt in einer Rede vor dem Völkerbund die Gründung einer europäischen Union mit föderalistischer Struktur vor.

**1946** Der britische Premierminister Sir Winston Churchill schlägt in einer Rede in Zürich die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa vor.

**1948** Auf Anregung des Haager Kongresses wird die Europäische Bewegung gegründet, die Dachorganisation aller Europa-Verbände.

**1949** Gründung des Europarates in Straßburg.

**1950** Der französische Außenminister Robert Schuman verkündet seinen Plan einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS).

**1951** Unterzeichnung des EGKS-Vertrages in Paris. Teilnehmer: Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande.

**1952** Die EGKS-Staaten unterzeichnen den Vertrag zur Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG).

**1954** Die EVG und die mit ihr verknüpfte Europäische Politische Gemeinschaft scheitern an der Ablehnung durch die französische Nationalversammlung.

**1955** Die Außenminister der EGKS-Staaten beschließen auf ihrer Konferenz in Messina, die Einigung Europas voranzutreiben. Sie beauftragen ein Sachverständigenkomitee unter dem Vorsitz des belgischen Außenministers Paul-Henri Spaak. Auf der Basis des Spaak-Berichts kommt es 1956 zu Verhandlungen über die Gründung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und einer europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM).

**1957** Unterzeichnung der Verträge von EWG und EURATOM in Rom (Römische Verträge). Erster Präsident der Europäischen Kommission wird 1958 Walter Hallstein.

**1965** Der Vertrag über die Fusion der Exekutivorgane der drei Europäischen Gemeinschaften EGKS, EWG und EURATOM wird unterzeichnet, er tritt 1967 in Kraft.

**1973** Mit dem Beitritt Dänemarks, Irlands und Großbritanniens wird das Europa der Sechs zum Europa der Neun.

**1979** Erste Direktwahl zum Europäischen Parlament.

**1981** Griechenland wird zehntes Mitglied der EG.

**1983** Der Europäische Rat beschließt unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Helmut Kohl in Stuttgart die „Feierliche Deklaration zur Europäischen Union“.

**1985** Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg und die Niederlande unterzeichnen das Schengener Abkommen, das die Abschaffung aller Personenkontrollen an den Binnengrenzen dieser Länder vorsieht.

**1986** Beitritt Spaniens und Portugals zur EG.



**1987** Die „Einheitliche Europäische Akte“ reformiert die Römischen Verträge. Ihr Hauptziel ist die Schaffung eines europäischen Binnenmarktes bis Ende 1992.

**1992** In Maastricht wird der Vertrag über die Europäische Union (EU) unterzeichnet.

**1993** Der Europäische Binnenmarkt tritt in Kraft. Der Stab des Euro-Corps, das den Kern künftiger europäischer Streitkräfte bilden soll, beginnt in Straßburg seine Arbeit. Die Teilnehmerstaaten sind Belgien, Deutschland und Frankreich.

**1995** Österreich, Finnland und Schweden treten der EU bei.

**1997** Der Vertrag von Amsterdam verstärkt und erweitert die Befugnisse des Europäischen Parlaments, er tritt 1999 in Kraft.

**1998** Ernennung von Helmut Kohl zum „Ehrenbürger Europas“ auf dem Gipfeltreffen in Wien. Die Europäische Zentralbank nimmt in Frankfurt a.M. ihre Arbeit auf.

**2000** Der Vertrag von Nizza macht den Weg für die Osterweiterung der EU frei.

**2002** Der Euro wird als Bargeld eingeführt.

**2004** Osterweiterung der EU: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern treten bei. Die Staats- und Regierungschefs der EU unterzeichnen in Rom den Vertrag über eine Verfassung für Europa.

**2005** 15 von 25 Mitgliedstaaten nehmen die EU-Verfassung an. Die gescheiterten Referenden in Frankreich und in den Niederlanden lösen eine Diskussion über die Zukunft der Union aus. Die EU nimmt Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und Kroatien auf.

**2007** Bislang haben sich 18 Staaten für den Verfassungsvertrag ausgesprochen. Deutschland übernimmt im ersten Halbjahr die EU-Ratspräsidentschaft. Bulgarien und Rumänien treten der EU bei und erhöhen damit die Zahl der Mitgliedsländer auf 27. In Slowenien wird der Euro eingeführt.



Zwei-Euro-Gedenkmünze  
zum 50. Jahrestag  
der Römischen Verträge



## „Kristallisationspunkt für Europa“ Schuman-Plan und Montanunion

*„Der Schumanplan, der Vertrag über die EVG sind aber, auch nach dem Willen derjenigen, die daran gearbeitet haben, nur ein Anfang. Sie sind zunächst deswegen nur ein Anfang, weil erst sechs europäische Länder davon erfaßt werden. Aber es wäre töricht, wenn ich nicht mit sechs Ländern anfangen würde und erst warten wollte, bis alle kommen. Ich bin überzeugt: Wenn der Anfang mit sechs Ländern gemacht ist, kommen eines Tages alle anderen europäischen Staaten auch hinzu.“*

KONRAD ADENAUER

Auf der Schlusskundgebung der Tagung der Gemeinschaft katholischer Männer Deutschlands in Bamberg am 20.7.1952

Am 9. Mai 1950 schlägt der französische Außenminister Robert Schuman vor, die Kohle- und Stahlproduktion Frankreichs und Deutschlands einer gemeinsamen Organisation zu unterstellen, die auch anderen Ländern Europas zum Beitritt offensteht. Mit diesem Plan, der auf Jean Monnet, einen engen Mitarbeiter Schumans, zurückgeht, sollen Kriege in Europa zukünftig verhindert werden. Bundeskanzler Konrad Adenauer begrüßt den Gedanken „als einen entscheidenden Schritt zu einer engen Verbindung Deutschlands mit Frankreich und damit zu einer neuen, auf der Grundlage friedlicher Zusammenarbeit aufgebauten Ordnung in Europa“. Am 20. Juni 1950 nehmen Delegationen aus Frankreich, der Bundesrepublik, Italien und den Beneluxstaaten Verhandlungen über die Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, auch Montanunion genannt) auf. Die Bundesrepublik Deutschland ist

darin als gleichberechtigtes Mitglied vertreten. Am 18. April 1951 wird der Vertrag unterzeichnet.

Am 11. Januar 1952 nimmt der Bundestag gegen die Stimmen der SPD das Vertragswerk an. Es wird zum Grundstein für die weitere politische Einigung Europas. Durch die Gründung der EGKS werden erstmals nationale Hoheitsrechte auf eine supranationale Behörde übertragen. Der EGKS-Vertrag sieht die Schaffung verschiedener Organe vor: Die oberste Gewalt wird durch eine Hohe Behörde mit Sitz in Luxemburg ausgeübt. Als Bindeglied zwischen den nationalen Regierungen und der Hohen Behörde fungiert der Ministerrat. Er muss bei allen grundsätzlichen Entscheidungen gehört werden. Als Kontrollinstanz wird die Gemeinsame Versammlung der EGKS mit 78 Abgeordneten aus allen Mitgliedsstaaten eingerichtet. Streitigkeiten innerhalb der EGKS sollen durch einen aus neun Richtern bestehenden Gerichtshof entschieden werden.



Jean Monnet (Mitte) 1951 im Gespräch mit Walter Hallstein und Konrad Adenauer



Die Regierungschefs bzw. Außenminister der EGKS-Staaten im September 1952 in Straßburg, v.l. Robert Schuman (F), Alcide de Gasperi (I), Dirk Udo Stikker (NL), Paul Van Zeeland (B), Konrad Adenauer (D) und Joseph Bech (Lux)

# Rückschlag und schwieriger Neuanfang

*„Die Einheit Europas war ein Traum von Wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für Viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle. Sie ist, meine Damen und Herren, notwendig für unsere Sicherheit, für unsere Freiheit, für unser Dasein als Nation und als geistig schöpferische Völkergemeinschaft“.*

KONRAD ADENAUER

Im Deutschen Bundestag am 15.12.1954

## Das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft

Am 24. Oktober 1950 gibt der französische Ministerpräsident René Pleven den Plan einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) bekannt. Er sieht die Aufstellung einer gemeinsamen europäischen Armee und die Gründung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) vor. Bundeskanzler Adenauer greift den französischen Vorschlag sofort auf. Am 27. Mai 1952 findet in Paris die Unterzeichnung des EVG-Vertrags statt. Von fünf europäischen Ländern (neben der Bundesrepublik Italien und die Benelux-Staaten) wird er ratifiziert, scheitert jedoch am 30. August 1954 in der französischen Nationalversammlung.

## Ein neuer Anlauf

Das Scheitern der EVG empfindet Konrad Adenauer als schwere Niederlage, er resigniert aber nicht und kämpft für die Fortsetzung der europäischen Integration. Der Vorschlag des belgischen Außenministers Paul-Henri Spaak vom April 1955 zur Verschmelzung

der Nationalwirtschaften durch Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und durch Harmonisierung ihrer Sozialpolitik sowie einer europäischen Organisation zur friedlichen Nutzung der Atomenergie ebnet den Weg zu einem Neuanfang. Auf der Konferenz der Außenminister der Mitgliedsstaaten der Montanunion in Messina am 1. und 2. Juni 1955 wird eine entsprechende Entschließung verabschiedet und eine Kommission unter dem Vorsitz von Spaak eingesetzt. Die britische Regierung, die zu weiteren Verhandlungen eingeladen wird, verweigert ihre Mitwirkung. Aber auch die Sechs finden keinen Konsens. In dieser Situation weist Adenauer die deutschen Minister, insbesondere Ludwig Erhard und Franz Josef Strauß, an, ihre Vorbehalte gegen eine Zollunion und gegen eine atomare Kooperation zurückzustellen. Im April 1956 legt Spaak einen Bericht mit konkreten Vorschlägen zur Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und für die Schaffung einer Europäischen Atomgemeinschaft vor. Die Außenministerkonferenz der Sechs beschließt einen Monat später in Venedig, ihn zur Grundlage für die folgenden Regierungsverhandlungen zu machen.



An den Herrn 22 des Auswärtigen  
 Bonn, den 19. Januar 1956

(Aufg.)

Bundesrepublik Deutschland  
 DER BUNDESMINISTER  
 -41330-71/20 20/2

**Geheim**

Auswärtiges Amt  
 Bonn, den 19. Jan. 1956  
 Nr. 319

15. Jan. 1956

Die Zusammenfassung auswärtigen Lage enthält weder  
 wesentliche Gefahren. Da sie abzuwenden und eine günstige  
 Entwicklung einleitet, bedarf es entschlossener Maßnahmen.  
 Diese gäbe es für alle eine klare, positive deutsche Haltung  
 zur europäischen Integration.

In dieser europäischen Integration sehen die verantwortlichen  
 Staatsmänner des Westens den angestrebten Fortschritt, wie  
 besonders seine Beziehung mit Spaak und sehr bestimmte  
 spezifische politische Erklärungen gezeigt haben. Diese  
 Auffassung ist weitgehend richtig. Wenn die Integration gelingt,  
 können wir bei den Verhandlungen sowohl über die Sicherheit  
 als über die Wiederherstellung als wesentliches Thema  
 den Vorteil eines starken Europas in die Waagschale werfen.  
 Ingeborg sind ernstliche Konsequenzen der Kooperation nicht zu  
 erwarten, solange die Unklarheit Europas für Fortschritt gibt,  
 diesen oder lassen Staat zu sich bringen zu können, dadurch den  
 Zusammenhalt des Westens zu stärken und die wirtschaftliche An-  
 gliederung Europas zu den Schlichtungsstellen zu stärken. Wenn  
 die Integration durch einen Fortschritt oder eines Europas  
 besteht, so ist die Folgen unabsehbar.

Daher ergibt sich die Notwendigkeit unserer Politik, die wir  
 den Zweck von Europa unterstützen und unterstützen durch-  
 führen müssen. Nach stärker als bisher auf der politischen  
 Charakter dieses Zusammenhanges besetzt werden, der nicht allein  
 eine technische Kooperation von faktischen Erzeugnissen, sondern  
 eine Gemeinschaft herbeiführen soll, die (auch im Interesse der  
 Wiedervereinigung) die gleiche Richtung der politischen Willens

- 2 -

- 2 - (Aufg.)

und Handeln einsetzt. Der EWG-Rahmen genügt dafür nicht.  
 In den Moment dieser politischen Situation müssen alle fach-  
 lichen Erzeugnisse treten.

Insbesondere sind für die Durchführung des Programms von  
 folgenden Folgerungen gelten:

1. Die Integration zunächst unter den besten ist ein Schritt zu  
 einem gemeinsamen Westens zu fördern, also speziell auf den  
 Schritt für allgemeinen (wirtschaftlichen) Integration, wie be-  
 stimmlich der geeigneten (wirtschaftlichen) Schlichtungsstellen.
2. Hierbei ist von vornherein auch Möglichkeit die Schaffung  
 geistiger gemeinsamer Institutionen abzustreben, um in Höhe  
 der großen politischen Zielsetzung eine feste Richtung der  
 Westens herbeiführen.
3. Die recht gut gelassenen Beziehungen über die Herstellung  
 eines gemeinsamen europäischen Marktes - d.h. eines Marktes,  
 der einen gemeinsamen Schritt - d.h. einen Schritt zu  
 Ende geführt werden. Dabei müssen europäische Organe mit  
 Entscheidungsbefugnissen geschaffen werden, um die Funktionen  
 dieses Marktes zu sichern und gleichzeitig die politische  
 Weiterentwicklung zu fördern.
4. Ingeborg von den Gegebenen des gemeinsamen Marktes und auch  
 für den Verkehr eine echte Integration der Westens angestrebt  
 werden. Das gilt insbesondere von der Luftfahrt, eine grund-  
 sätzliche Abklärung über Fortschritt von Integrationsplänen  
 für die Produktion, die beschaffungsweisen und die Betriebs-  
 führung auf einem Gebiet ist politisch nicht zu unterschätzen.
5. Das gleiche gilt für die Energie, insbesondere die Kern-  
 energie. Es ist eine wichtige politische Notwendigkeit,  
 jeden Zweifel darüber zu beseitigen, daß wir auch die vor  
 zu unseren Erklärungen von Europa stehen, wenn ein  
 europäische Atomgemeinschaft mit Entscheidungsbefugnissen,  
 gemeinsamen Organen und gemeinsamen Finanz- und sonstigen  
 Durchführungsmitteln gegründet werden soll. Die Notwendigkeit  
 sehen, die sie offiziell erklärt haben, in einer europäischen  
 Atomgemeinschaft, die im Gegensatz zur EWG eigene Rechte  
 und Verantwortlichkeiten hat, die entscheidenden Moment  
 der politischen Entwicklung. Sie sind bereit, eine solche  
 Atomgemeinschaft mit allen Mitteln zu unterstützen.

- 3 -

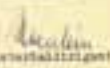
- 4 - (Aufg.)

Interessante ist eine neue Auffassung der Verantwortlichkeit  
 die Fortschrittliche Lösung der Atomenergie für den größten Teil  
 der Herstellung von Atomenergie praktisch nicht trennen.

Der technische Versuch einer rein nationalen Atomregulierung würde  
 daher von Anfang an mit großen Schwierigkeiten aufgezogen werden.  
 Insbesondere können wir, bezüglich selbstverständlich  
 Verantwortlichkeit nicht diskutiert werden darf und die deutsche  
 Forderung und Insistere ermöglicht Freizeit kann erhalten werden,  
 eine gemeinsame europäische Beauftragung einzelner Schritte  
 nicht ablehnen, wenn sie aus Sicherheitsgründen erforderlich  
 ist.

Ich bitte, das vorstehend Dargelegte als Stütze für die  
 Politik der Bundesregierung (Art. 65 GG) zu betrachten und  
 davon zu verfahren.

400. 4.3.3.3.3.3.3

Beglaubigt  
  
 Bundeskanzler

Die Teilnehmer am Treffen der  
 Außenminister der EGKS-Staaten  
 am 1.6.1955 in Messina,  
 v.l. Johan Willem Beyen (NL),  
 Gaetano Martino (I), Joseph Bech (Lux),  
 Antoine Pinay (F), Walter Hallstein (D)  
 und Paul-Henri Spaak (B)

Anweisung von Bundeskanzler Konrad Adenauer an alle Bundesminister vom 19.1.1956

# Konrad Adenauer und seine europäischen Partner in der Gründungsphase der Römischen Verträge 1956/57

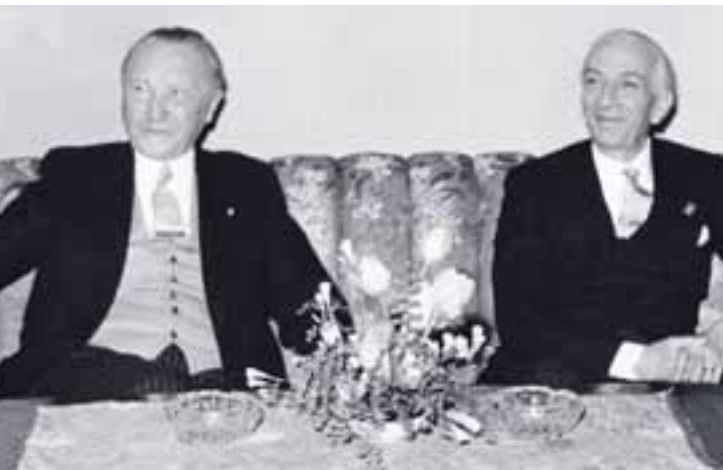
*„Die erste Periode der europäischen Integration ist beendet. Sie hatte ja zum Gegenstand, dafür zu sorgen, daß niemals mehr zwischen europäischen Völkern ein Krieg ausbrechen dürfe... Die zweite Periode der europäischen Integration hat zum Ziele, dafür zu sorgen, daß Europa und die europäischen Länder ihren Wert, ihre Bedeutung und ihre Geltung in der Welt behalten.“* KONRAD ADENAUER

Am 29.9.1956 in einer Erklärung vor der Presse

## Adenauer greift ein

Auf der Grundlage des Spaak-Berichts beginnen im Juni 1956 in Brüssel Regierungsverhandlungen um die Konkretisierung der beiden Vertragsentwürfe. Im Ziel besteht zwischen Adenauer und dem italienischen Ministerpräsidenten Antonio Segni weitgehendes Ein-

vernehmen. Dennoch bleiben schwierige Fragen zwischen den Partnern zu klären. So fordert Frankreich u.a. Wettbewerbs erleichterungen für seine Wirtschaft und eine Harmonisierung bestimmter „sozialer Bereiche“ vor der Einführung des Gemeinsamen Marktes, was die deutschen Regierungsvertreter ablehnen. Die Verhandlungen geraten ins Stocken. Auch eine Ministerkonferenz im Oktober 1956 in Paris kann die Probleme nicht lösen. Adenauer sieht sich – auch unter dem Eindruck der Schwäche Europas beim Ungarnaufstand und dem Zusammengehen der USA und der Sowjetunion in der Suezkrise – veranlasst, persönlich in die Verhandlungen einzugreifen, um den europäischen Einigungsprozess in Gang zu halten. Am 5. November reist er nach Paris und schließt mit dem französischen Ministerpräsidenten Guy Mollet Kompromisse, auf deren Grundlage es in den folgenden Wochen gelingt, in Brüssel zu allen bis dahin strittigen Fragen übereinstimmende Regelungen zwischen den sechs Partnern zu finden. Damit ist der Weg zu den Römischen Verträgen und zur Schaffung einer freiheitlichen Ordnung in Europa geebnet.



Konrad Adenauer und der italienische Ministerpräsident Antonio Segni am 7.2.1956 in Bonn



Konrad Adenauer und der französische Ministerpräsident Guy Mollet am 29.9.1956 in Bonn

Vorläufiges Programm  
für die Reise  
des Herrn Bundeskanzlers  
und  
des Herrn Bundesministers des Auswärtigen  
nach Paris  
vom 5. - 7. November 1956

Montag, 5. November 1956

ca. 6.00 Uhr Abfahrt von Bonn  
ca. 16.00 Uhr Ankunft in Paris  
20.00 Uhr Essen im Hause von Botschafter  
Freiherr von Maltzan

Dienstag, 6. November 1956

11.00 Uhr Beginn der Besprechungen in Matignon  
ca. 13.00 Uhr Frühstück im kleinen Kreis in Matignon  
16.00 Uhr - 18.00 Uhr Fortsetzung der Besprechungen  
18.30 Uhr Besuch bei dem Präsidenten der Republik  
20.00 Uhr Diner im Quay d'Orsay (ca. 50 Personen)  
anschließend Empfang, zu dem u.a. geladen werden:  
die Missionchefs der NATO-Staaten,  
die Chefs der ständigen Vertretungen  
bei der NATO,  
die ehemaligen französischen Minister-  
präsidenten sowie  
führende Persönlichkeiten aus dem  
öffentlichen Leben (François-Poncet u.a.)

Mittwoch, 7. November 1956

evtl. Besuch des Herrn Bundeskanzlers bei  
Botschafter François-Poncet  
evtl. Besprechungen in Matignon  
mittags Frühstück, gegeben von der Association  
de la Presse Diplomatique mit Rede  
des Herrn Bundeskanzlers  
ca. 16.00 Uhr Abfahrt nach Bonn

— Zeit - Termin / 1/11 müsste Folgerd b -  
LH

Dieser Terminplan für Paris wurde, als von Herrn Bundes-  
kanzler genehmigt, dem H. v. M. bestätigt. 11/10

## Grundsteinlegung für die Einigung Europas: die Römischen Verträge 1957

*„Der Gemeinsame Markt muß betrachtet werden nicht in erster Linie als ein wirtschaftlicher Vertrag, sondern als ein politisches Instrument. Er muß im Zusammenhang betrachtet werden mit dem Europarat, der Montanunion und EURATOM, kurz und gut, es handelt sich hier um eine Reihe von politischen Fakten. Die EWG ist in der Hauptsache ein politischer Vertrag, der bezweckt, auf dem Wege über die Gemeinsamkeit der Wirtschaft zu einer politischen Integration Europas zu kommen.“* KONRAD ADENAUER

Vor dem Bundesparteivorstand der CDU am 9.11.1959

### Rom, 25. März 1957

In den Römischen Verträgen einigen sich Frankreich, Italien, die Niederlande, Belgien, Luxemburg und die Bundesrepublik auf die Errichtung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM). Durch die EWG soll ein gemeinsamer Markt geschaffen werden. Die EURATOM dient der gemeinsamen Erforschung und friedlichen Nutzung der Kernenergie. Symbol der EWG

werden die zwölf gelben Sterne auf blauem Grund. Die Römischen Verträge treten am 1. Januar 1958 in Kraft. Gleichzeitig nehmen die Organe der EWG ihre Arbeit auf: Die Parlamentarische Versammlung, deren Abgeordnete von den nationalen Parlamenten entsandt werden, übt ein Beratungs- und Kontrollrecht aus. Die Entscheidungen der EWG werden durch den Ministerrat getroffen, der aus den jeweils zuständigen nationalen Fachministern besteht. Zur Durchführung dieser Beschlüsse und zur Fortentwicklung der EWG wird die „Kommission“ eingerichtet, für die jedes EWG-Land zwei Mitglieder benennt. Sie gilt als der „Motor“ der europäischen Integration und als „Hüterin“ der Verträge. Erster Kommissionspräsident ist Walter Hallstein, ein enger Vertrauter von Bundeskanzler Konrad Adenauer.







Unterzeichnung der Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Europäischen Atomgemeinschaft am 25. März 1957 in Rom, erste Reihe v.l. Paul-Henri Spaak und Jean Charles Snoy et d'Oppuers (B), Christian Pineau und Maurice Faure (F), Konrad Adenauer und Walter Hallstein (D), Antonio Segni und Gaetano Martino (I), Joseph Bech und Lambert Schaus (Lux), Joseph Luns und J. Linthorst Homan (NL)

Erste und letzte Seite des Vertrags zur Gründung der EWG

# Von der Europäischen Wirtschafts- gemeinschaft zur Europäischen Union

*„Auch die EWG kann auf die Dauer nicht arbeiten ohne eine Politische Union, weil zu den Maßnahmen, die EWG vorsieht, die politische Grundlage in den verschiedenen Staaten wenigstens annähernd gleich geschaffen werden muß.“* KONRAD ADENAUER

Auf einer Pressekonferenz in Bonn am 4.8.1964

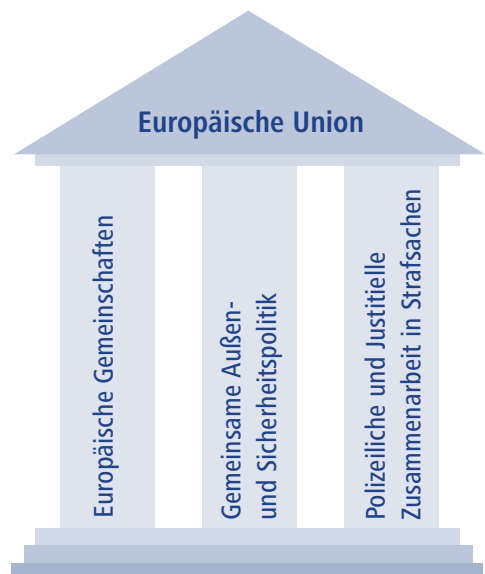
## Von der europäischen Wirtschafts- gemeinschaft zur EU

Zu Beginn des Jahres 1958 nehmen die drei Gemeinschaften EWG, EURATOM und EGKS ihre Arbeit in Brüssel auf. Im gleichen Jahr wird in Luxemburg der Europäische Gerichtshof errichtet, der an die Stelle

des Gerichtshofs der EGKS tritt. Für Adenauer ist die dauerhafte politische Einigung das wichtigste außenpolitische Ziel. Den wirtschaftlichen Zusammenschluss sieht er dabei nur als Etappe an. Diese innenpolitisch heftig umstrittene Politik bildet die unverzichtbare Voraussetzung für die politische Weiterentwicklung Europas in Frieden und Freiheit. Am 1. Juli 1967 erfolgt die Fusion der Exekutivorgane der drei Gemeinschaften. Seitdem wird die Bezeichnung „EG“ als Sammelbegriff für die drei Gemeinschaften verwendet. Der in Maastricht geschlossene Vertrag über die Europäische Union (EU) tritt am 1. November 1993 in Kraft. Die EU löst die EG ab und ruht von nun an auf drei Säulen: Die in der EG zusammengefassten drei Gemeinschaften bleiben das tragende Element und bilden den supranationalen Kernbereich (erste Säule); weitere Elemente der Zusammenarbeit sind die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, GASP (zweite Säule), und die Zusammenarbeit der Justiz- und Innenminister (dritte Säule).



Die Europäischen Gemeinschaften nach den Römischen Verträgen



Die Europäische Union ab 1993



Besiegelung der deutsch-französischen Freundschaft 1963 zwischen Konrad Adenauer und dem französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle

*„Ich glaube, daß diese enge Freundschaft, diese enge Verbindung zwischen Frankreich und Deutschland, in Europa wie ein neuer Kraftimpuls wirkt. Stellen Sie sich bitte vor, wenn diese Freundschaft nicht bestünde, wäre jeder Versuch, Europa zu schaffen, von vornherein zum Tode verurteilt.“* KONRAD ADENAUER

Tischrede aus Anlass eines Abendessens zu Ehren des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle in Bonn am 4.7.1963

### **Die deutsch-französische Zusammenarbeit als Motor der europäischen Integration**

Die von Konrad Adenauer angestrebte Integration der Bundesrepublik in das Bündnissystem des Westens sowie der politische und wirtschaftliche Zusammenschluss Westeuropas setzen eine Aussöhnung mit dem Nachbarland Frankreich voraus. Mit der Eingliederung des Saarlandes 1957 in die Bundesrepublik Deutschland ist der Weg dafür frei. Das gute Einvernehmen zwischen Bundeskanzler Konrad Adenauer und dem französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle fördert die Annäherung beider Länder. Am 22. Januar 1963 unterzeichnen Adenauer und de Gaulle im Elysée-Palast in Paris den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag. Dieser sieht unter anderem regelmäßige Konsultationen zwischen den Regierungen und einen verstärkten Jugendaustausch vor. 1988, im Jubi-

läumsjahr des Elysée-Vertrags, geben Bundeskanzler Helmut Kohl und Staatspräsident François Mitterrand die Aufstellung einer deutsch-französischen Brigade bekannt. Das gemeinsame deutsch-französische Sicherheits- und Verteidigungskonzept vom 9. Dezember 1996 ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu weiterführenden gemeinsamen europäischen Sicherheitsstrukturen.

# Vertiefung und Erweiterung – Europa auf dem Weg zu einer Verfassung

*„Aber vergessen wir auch niemals, daß zu allen großen Geschehen Geduld gehört, und daß gerade wir Europäer, die wir ein vereintes Europa schaffen wollen, dieser Geduld bedürfen.“* KONRAD ADENAUER

Auf der VII. Deutsch-Französischen Konferenz in Bad Godesberg am 25.4.1963

## Auf dem Weg zu einer politischen Union: Amsterdam, Nizza, Laeken

Der Vertrag von Maastricht wird durch den Vertrag von Amsterdam, der am 1. Mai 1999 in Kraft tritt, weiterentwickelt. Die Zusammenarbeit wird intensiviert, neue Gemeinschaftsaufgaben kommen hinzu. Der Vertrag von Nizza (2000) bringt weitere Veränderungen des europäischen Vertragswerks, insbesondere hinsichtlich der Entscheidungsmechanismen im Hinblick auf die anstehende Osterweiterung der Union.

Der europäische Konvent, der im Dezember 2001 in Laeken von den Staats- und Regierungschefs eingesetzt wird, legt im Sommer 2003 den Entwurf einer europäischen Verfassung vor. Am 29. Oktober 2004 wird in Rom die Verfassung von den Staats- und Regierungschefs der EU unterzeichnet. Die Mitgliedsstaaten sollen die Verfassung bis Ende 2006 ratifizieren. Wegen der ablehnenden Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden ist der Ratifizierungsprozess jedoch bis auf weiteres ausgesetzt.



# Deutschland in europäischer Führungsverantwortung

*„Mit dem Entwurf des Verfassungsvertrages spricht erstmals ein europäischer Vertragstext ausdrücklich von der Toleranz, durch die sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union auszeichnen und mit der wir die Grundlage schaffen, auf der das zukünftige Europa neue vernünftige Regeln entwickeln kann, und zwar Regeln, die der neuen Größe der Europäischen Union und den anstehenden Herausforderungen entsprechen. Regeln, die uns handlungsfähig machen müssen. Denn wir wissen: Mit den heutigen Regeln kann die EU weder erweitert werden, noch ist sie zu notwendigen Entscheidungen befähigt.“* ANGELA MERKEL

Vor dem Europäischen Parlament in Straßburg am 17.1.2007

Am 1. Januar 2007 übernimmt Deutschland für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft. Die Weiterführung des europäischen Verfassungsprozesses und die damit verbundene Fortentwicklung der EU gehören zu den zentralen Themen der aktuellen Debatten um die Zukunft Europas.



José Manuel Barroso, der Präsident der Europäischen Kommission, Bundeskanzlerin Angela Merkel und Hans-Gert Pöttering, der Präsident des Europäischen Parlaments, am 17.1.2007 in Straßburg

## Bildnachweis

Umschlag: Bundesbildstelle

Seite 7: Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus

Seite 9: Deutsche Bundesbank

Seite 9: EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament

Seite 10: Bundesbildstelle

Seite 11: EV-ED-Fraktion im Europäischen Parlament

Seite 12: Europäische Kommission

Seite 13: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes

Seite 14: Bundesbildstelle

Seite 15: ACDP

Seite 16/17: Europäische Kommission

Seite 18: Europäisches Parlament/Europäische Kommission

Seite 19: Bundesbildstelle

Seite 20/21: Europäische Kommission

## Impressum

© Konrad-Adenauer-Stiftung

Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP)

## Herausgeber

Günter Buchstab und Reinhard Schreiner

## Gestaltung und Druck

Dung Marketing GmbH & Co. KG,

[www.dung.de](http://www.dung.de)

Sankt Augustin 2007





Eine Ausstellung der  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Archiv für Christlich-Demokratische Politik  
Rathausallee 12 · 53757 Sankt Augustin  
[www.kas.de](http://www.kas.de)